

## **Workshop 3: Zur relativen Autonomie Pädagogischer Hochschulen – Einblicke in die Diskussion**

# **Zur relativen Autonomie Pädagogischer Hochschulen – einige Thesen**

Daniel Steiner

Im Mittelpunkt der Diskussion standen Fragen der relativen Autonomie der Pädagogischen Hochschulen und die damit verbundenen Herausforderungen in der Praxis. Diskutiert wurden insbesondere Positionen zur politischen Einflussnahme, zur Rolle empirischer Evidenz im politischen Entscheidungsprozess, zur Zusammenarbeit im Bildungssystem und zu den Spielräumen der Autonomie.

## **1 Zwischen politischer Einflussnahme und wissenschaftlicher Autonomie**

Vor dem Hintergrund, dass Hochschulen als Institutionen nie völlig autonom sein können, weil sie einen – häufig öffentlichen – Träger haben und finanziert werden, wurde das Spannungsfeld zwischen politischer Einflussnahme und wissenschaftlicher Autonomie diskutiert. Dabei wurde deutlich, dass die relative Autonomie der Hochschulen insbesondere dann problematisch wird, wenn wissenschaftliche Erkenntnisse oder Empfehlungen mit politischen Entscheidungen kollidieren. Dies stellt die Hochschulen vor die (kommunikative) Herausforderung, zu entscheiden, wie sie sich in solchen Situationen verhalten sollen, ohne ihre wissenschaftliche Integrität zu verlieren. In diesem Zusammenhang wurde betont, dass die Hochschulen ihre Erkenntnisse immer wieder kommunizieren und den Diskurs mit der Politik suchen müssten, auch wenn diese Bemühungen an den politischen Realitäten zu scheitern drohten.

## **2 Zur Zusammenarbeit im Bildungssystem**

In Bezug auf die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteur:innen im Bildungssystem wie Lehrpersonen, Hochschulen und Politik wurde einerseits gewünscht, dass Lehrpersonen zunehmend in den Diskurs über Bildungsinhalte einbezogen werden sollten. Eine solche Entwicklung würde positiv bewertet, da sie zeige, dass Lehrpersonen ihren Beruf selbst stärker definieren wollen. Andererseits wurde diskutiert, wer eigentlich legitimiert sei, die Qualität von Bildung zu definieren, und inwieweit empirische Evidenz dabei eine Rolle spiele. Hier tut sich immer wieder ein Spannungsfeld auf zwischen wissenschaftlicher Evidenz und politischen Entscheidungen, die nicht immer auf empirischen Erkenntnissen beruhen.

Schliesslich wurde festgestellt, dass es auch nach zwanzig Jahren keine umfassende Diskussion über ein harmonisiertes Curriculum für die Lehrpersonenbildung gebe. Trotz des Bedarfs an gemeinsamen Zielvorstellungen fehlt eine breitere Verständigung über die Ausrichtung der Lehrpersonenbildung. Diese Uneinheitlichkeit führt unter anderem zu unterschiedlichen Lehrbefähigungen, was in der Praxis zu Problemen und einer gewissen Beliebigkeit führt.

## **3 Spielräume der Autonomie**

Die Pädagogischen Hochschulen sind in komplexe Entscheidungs- und Handlungszusammenhänge eingebettet und stark von politischen und gesellschaftlichen Erwartungen geprägt. Insbesondere aufgrund der politischen Vorgaben (unter anderem Unterrichtspflicht, Lehrpläne) unterscheidet sich die Lehrpersonenbildung deutlich von den Studiengängen an universitären Hochschulen oder Fachhochschulen, die flexibler auf Marktbedürfnisse reagieren können. Dennoch wurde betont, dass die Handlungsspielräume der Pädagogischen Hochschulen grösser seien, als sie selbst diese oft wahrnähmen, und dass eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteur:innen – wie Schulen, Lehrpersonen und Verbänden – genutzt werden solle, um diese Autonomiespielräume auszuschöpfen. So könnten die Pädagogischen Hochschulen in bestimmten Bereichen mehr Autonomie wagen, zum Beispiel durch die Einführung selbst finanzierter

Studiengänge oder durch eine hochschulübergreifende Zusammenarbeit bei der Entwicklung innovativer Studiengänge.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Autonomie der Pädagogischen Hochschulen in einem Spannungsfeld zwischen politischen Vorgaben, empirischen Erkenntnissen und gesellschaftlichen Bedürfnissen steht. Chancen zur produktiven Gestaltung dieses Spannungsfelds sahen die Teilnehmenden insbesondere in einer verbesserten Kommunikation zwischen Wissenschaft und Politik, in einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteur:innen im Bildungssystem und in der Nutzung der vorhandenen Autonomiespielräume.